Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK

Bundesamt für Strassen ASTRA

Rechtliche Grundlagen für die Einrichtung von Umweltzonen

Ergebnisse des Anhörungsverfahrens

1 Ausgangslage

Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) eröffnete am 27. August 2010 die Anhörung zu den rechtlichen Grundlagen für die Einrichtung von Umweltzonen. Diese dauerte bis zum 26. November 2010.

2 Anhörungsteilnehmende

Zur Anhörung wurden neben den ständigen Adressaten gemäss Artikel 4 Absatz 2 Buchstaben a - d des Bundesgesetzes über das Vernehmlassungsverfahren[1] 75 weitere Organisationen eingeladen. Beim UVEK und beim Bundesamt für Strassen (ASTRA) sind insgesamt 3'708 Stellungnahmen eingegangen. Alle Kantone, 6 in der Bundesversammlung vertretene politische Parteien, 6 gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete sowie der Wirtschaft, 194 weitere Organisationen und 3'476 Private haben geantwortet.

3 Tabellarische Übersicht über die eingegangenen Antworten:

	Total begrüsst	Antworten Begrüsste	Antworten nicht Begrüsste	Total Antworten
Kantone	**26**	**26**		**26**
Parteien	**13**	**6**		**6**
Dachverbände	**11**	**6**		**6**
Weitere Organisationen	**75**	**20**	**174**	**194**
Private	**1**	**0**	**3'476**	**3'476**
Total	**126**	**58**	**3'650**	**3'708**

4 Tabellarische Übersicht über den Inhalt der Stellungnahmen der Kantone, der in der Bundesversammlung vertretenen politischen Parteien und der Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete sowie der Wirtschaft

	Verzicht auf Stellungnahme	Zustimmung	Zustimmung mit Vorbehalt	Ablehnung
Kantone	**2**	**4**	**2**	**18**
Parteien		**3**		**3**
Dachverbände	**1**		**1**	**4**
Total	**3**	**7**	**3**	**25**

Zustimmung:

BS, GE, GR, TI, SP, CSP, Grüne.

Zustimmung mit Vorbehalt:

BE, JU, Schweizerischer Städteverband.

[1] SR 172.061

Ablehnung:

AG, AI, AR, BL, FR, LU, NE, NW, OW, SG, SO, SZ, TG, UR, VD, VS, ZG, ZH,
FDP, CVP, SVP, Verband der Schweizer Unternehmen, Schweizerischer Gewerbeverband,
Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete, Schweizerischer Bauernverband.

Verzicht auf Stellungnahme:

GL, SH, Schweizerischer Arbeitgeberverband.

5 Argumente der Anhörungsteilnehmenden

5.1 Kantone

Diejenigen Kantone, die sich für die Vorlage ausgesprochen haben (BS, GE, GR, TI), begrüssen einerseits die Umweltzonen im Sinne einer Übergangslösung als wichtige Ergänzung zu den Emissionsvorschriften für Neufahrzeuge, weil sie so Fahrzeuge mit zu hohem Schadstoffausstoss von Innenstädten fernhalten können, und andererseits weil damit den Kantonen ein Instrument in die Hand gegeben wird, nach eigenen Bedürfnissen und politischen Möglichkeiten zusätzliche Massnahmen zur Emissionsreduktion zu beschliessen. Bei geeigneter Ausgestaltung stellten sie eine effiziente Massnahme dar, um die Luftqualität erheblich zu verbessern. Verwiesen wird auch auf verschiedene Studien, welche die positive Wirkung von Umweltzonen auf die Luftqualität belegen.

Zwei Kantone, die sich im Grundsatz für die Vorlage aussprechen (BE, JU), machen auf verschiedene Problematiken aufmerksam. So wird angeführt, dass auch mit Umweltzonen nur eine geringe Wirkung auf das Verkehrsaufkommen zu erwarten sei oder dass es nicht sehr wahrscheinlich sei, dass sie in kleineren Städten die Lage der Bevölkerung in Bezug auf die Schadstoffbelastung auch nur in geringem Mass verbessern könnten. Es wird auch auf den zu erwartenden erheblichen administrativen Aufwand hingewiesen, namentlich auf die Zunahme der Anforderungen an die Zulassungsstellen.

Die bei den Kantonen mehrheitlich ablehnende Haltung gründet sich auf verschiedene Argumentationen, von denen die wichtigsten kurz dargestellt werden.

Mehrere Kantone stellen die Wirksamkeit von Umweltzonen für eine Verbesserung der Luftqualität in Frage. Dabei wird auf ausländische Modelle verwiesen, deren Wirksamkeit umstritten sei sowie auf wissenschaftliche Untersuchungen, welche keine signifikante Verbesserung der Luftqualität belegen könnten. In diesem Zusammenhang wird auch auf die engmaschige Siedlungsstruktur der Schweiz verwiesen, die für die Einrichtung von Umweltzonen wenig geeignet sei, oder darauf, dass die Luftqualität in grossem Ausmass durch Luftschadstoff-Verfrachtungen beeinträchtigt werde. Ein zentrales Argument bei den Kantonen ist das Missverhältnis zwischen dem Aufwand (Kosten für Errichtung, Ausgabe der Vignetten, Kontrollen) und der begrenzten Wirkung von Umweltzonen. Weiter wird geltend gemacht, die Wirksamkeit sei im Verhältnis zu den Nachteilen eher klein, Umweltzonen seien nicht nachhaltig und nur eine kurzfristige Symptombekämpfung, sie seien unverhältnismässig und untauglich sowie weder geeignet noch erforderlich. Schliesslich wird darauf hingewiesen, dass die vorgeschlagenen rechtlichen Grundlagen sowohl einen intensiven Eingriff in die persönliche Freiheit darstellten als auch die Wirtschaftsfreiheit tangierten, wozu aber weder in der Bundesverfassung noch in einem Bundesgesetz eine Grundlage vorhanden sei.

5.2 In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien

Begrüsst wurde die Vorlage von der SP, den Grünen und der CSP. Abgelehnt wurde sie von der CVP, der FDP und der SVP.

In den befürwortenden Stellungnahmen werden die Umweltzonen als wichtiges Instrument zur Reduktion der Luftschadstoffe, insbesondere des Feinstaubs, aber auch zur Lärmreduktion betrachtet. Hingewiesen wird aber auch darauf, dass Umweltzonen lokal zwar zu einer Entlastung beitragen können, aber als isolierte Massnahmen zu wenig bewirken. Darüber hinaus brauche es ergänzend weitere Massnahmen (z. B. Förderung des Langsamverkehrs,

Umsetzung der Agglomerationsprojekte, Förderung des öffentlichen Verkehrs, Flottenerneuerung beim motorisierten Verkehr, Raumplanung).

Die ablehnenden Stellungnahmen erwähnen namentlich, dass schweizweit keine einheitliche Anwendung zu erwarten sei (gewisse Fahrzeuge haben in gewissen Städten Zugang, in anderen nicht). Auch könnten die im Ausland gewonnen Erkenntnisse, wo Umweltzonen vorwiegend in Grossstädten eingerichtet worden seien, nicht ungeprüft auf Schweizer Städte übertragen werden. Hier sei die Wirksamkeit zu gering, der Eingriff in den Verkehr zu massiv, die Verwaltung zu aufwändig und die Strafen zu drastisch. Insbesondere für das Gewerbe und die KMUs würde die bürokratische Last vergrössert; auch würden sie zu stark eingeschränkt, da sie oft auf den Gebrauch von Motorfahrzeugen angewiesen seien. Schliesslich sei die Einführung von Umweltzonen mit den entsprechenden Vignetten ein Frontalangriff auf den Individualverkehr, das Gewerbe und den Tourismus.

5.3 Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete sowie der Wirtschaft

Von den sechs Dachverbänden, die sich vernehmen liessen, haben sich vier gegen das Vorhaben ausgesprochen, einer ist mit Vorbehalten dafür und einer hat auf eine Stellungnahme verzichtet.

Auch die Dachverbände sprechen die fehlende Verhältnismässigkeit an: der zu erwartende Nutzen stehe im Vergleich zu den vorgeschlagenen Verboten in keinem angemessenen Verhältnis. Es wird auch auf ausländische Studien verwiesen (Deutschland), wonach die erwartete Verbesserung der Luftqualität durch die Einführung von Umweltzonen nicht eingetreten und der Nutzen nicht wissenschaftlich nachgewiesen sei. Bemängelt werden auch die zusätzliche administrative und finanzielle Belastung des Gewerbes (z. B. Anschaffung neuer Fahrzeuge) sowie der administrative Aufwand bei den Behörden. Zudem wird auf die negativen Auswirkungen auf den Tourismus (Hotellerie, Gastronomie, Gewerbe) hingewiesen. Schliesslich wird die gesetzliche Grundlage in Frage gestellt.

5.4 Weitere Organisationen

Bei den weiteren Organisationen als die in Ziffer 4 genannten überschneiden sich die Ergebnisse. Von den insgesamt 194 beim UVEK beziehungsweise beim ASTRA eingegangenen Stellungnahmen sprechen sich 14 explizit für die Vorlage aus und 59 lehnen sie explizit ab. 16 Organisationen lehnen die Vorlage ebenfalls ab, wollen aber für den Fall, dass sie in Kraft gesetzt wird, eine Ausnahmeregelung für Veteranenfahrzeuge statuiert haben. Danach sollen auch diese Motorfahrzeuge die Umweltzonen befahren dürfen. Denselben Antrag stellen 111 weitere Organisationen, die sich weder für noch gegen die Vorlage aussprechen. 2 Organisationen verzichten ausdrücklich auf eine Stellungnahme und 8 Organisationen haben zwar eine Antwort eingereicht, jedoch nicht explizit zur Vorlage Stellung genommen.

Gemäss den befürwortenden Stellung Nehmenden bieten Umweltzonen die Möglichkeit, gleichzeitig verschiedene Lufverschmutzungsfaktoren zu beeinflussen und die Lärmbelastung zu bekämpfen. Die Massnahme sei in den Agglomerationen sehr wirkungsvoll. Weiter sei die Einrichtung von Umweltzonen eine effiziente und geeignete Massnahme zur Verbesserung der Luftqualität in stark besiedelten Gebieten. Ausserdem dienten Umweltzonen der Schaffung von wohnlichen Siedlungen und dem Schutz vor schädlichen und lästigen Auswirkungen.

Die Organisationen, die sich gegen die Vorlage aussprechen, weisen insbesondere auf den nach ihrer Auffassung nicht nachgewiesenen Nutzen von Umweltzonen und das Missverhältnis zwischen Aufwand und Wirkung hin, auch was die Kontrolltätigkeit durch die Polizei angeht. Einige Stellung Nehmende sehen in der Vorlage einen Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit, namentlich der Gewerbetreibenden in Stadtzentren sowie negative Auswirkungen auf den Tourismus.

Weiter wird geltend gemacht, dass die Massnahme unverhältnismässig sei, da sich die Fahrzeugflotte und damit die Luftbelastung durch den Strassenverkehr stark verändert habe, so dass mit Umweltzonen kaum mehr eine Verbesserung erreicht werden könne, dass die Spitzenbelastungen durch Feinstaub oder Ozon in Städten jeweils primär mit der besonde-

ren meteorologischen Situation beziehungsweise mit den klimatischen Bedingungen (Inversionslagen, Luftschadstoff-Verfrachtungen) und nicht mit der Verkehrsdichte zusammenhingen sowie dass in den kleinräumigen Schweizer Städten die Luftqualität nicht verbessert werde. Andere Massnahmen zur Verbesserung der Luftqualität seien wirkungsvoller, zum Beispiel verschärfte Grenzwerte für Abgase und Lärm bei der Neuzulassung, Einrichtung von verkehrsberuhigten Zonen, Kanalisierung des Verkehrs.

5.5 Private

Von den rund 3'500 Eingaben privater Personen werden von je rund der Hälfte eine Ausnahme für Veteranenfahrzeuge und eine für Motorräder gefordert. Die Ausnahme für Veteranenfahrzeuge wird damit begründet, dass diese einen verhältnismässig kleinen Betrag an die Gesamtbelastung der Umwelt leisten würden, ihre Kilometerzahl pro Jahr begrenzt sei und Deutschland auch eine Ausnahmeregelung für Veteranenfahrzeuge eingeführt habe. Diejenigen Personen, die eine Ausnahmeregelung für Motorräder fordern, begründen diesen im Wesentlichen damit, dass die Motorräder weniger als 1 % der Emissionen ausmachten, die Anzahl der Motorräder in den Umweltzonen verschwindend klein sei, der geringe Benzinverbrauch im Stadtverkehr weniger Schadstoffausstoss verursache und Deutschland auch eine Ausnahmeregelung für Motorräder kenne. Schliesslich sei die Massnahme unverhältnismässig, der administrative Aufwand und der Nutzen stünden in keinem Verhältnis und es entstünde eine Ungleichbehandlung.

Liste der Anhörungsadressaten

1. Kantone / Cantons / Cantoni

Staatskanzlei des Kantons Zürich	Kaspar Escher-Haus 8090 Zürich
Staatskanzlei des Kantons Bern	Postgasse 68 3000 Bern 8
Staatskanzlei des Kantons Luzern	Bahnhofstrasse 15 6002 Luzern
Standeskanzlei des Kantons Uri	Postfach 6460 Altdorf 1
Staatskanzlei des Kantons Schwyz	Postfach 6431 Schwyz
Staatskanzlei des Kantons Obwalden	Rathaus 6060 Sarnen
Staatskanzlei des Kantons Nidwalden	Rathaus 6370 Stans
Regierungskanzlei des Kantons Glarus	Rathaus 8750 Glarus
Staatskanzlei des Kantons Zug	Postfach 156 6301 Zug
Chancellerie d'Etat du Canton de Fribourg	Rue des Chanoines 17 1701 Fribourg
Staatskanzlei des Kantons Solothurn	Rathaus 4509 Solothurn
Staatskanzlei des Kantons Basel-Stadt	Rathaus, Postfach 4001 Basel
Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft	Rathausstrasse 2 4410 Liestal
Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen	Rathaus 8200 Schaffhausen
Kantonskanzlei des Kantons Appenzell Ausserrhoden	Regierungsgebäude Postfach 9102 Herisau
Ratskanzlei des Kantons Appenzell Innerrhoden	Marktgasse 2 9050 Appenzell
Staatskanzlei des Kantons St. Gallen	Regierungsgebäude 9001 St. Gallen
Regierungsrat des Kantons Graubünden	Reichsgasse 35 7001 Chur
Staatskanzlei des Kantons Aargau	Regierungsgebäude 5000 Aarau
Staatskanzlei des Kantons Thurgau	Regierungsgebäude 8510 Frauenfeld
Cancelleria dello Stato del Cantone Ticino	Piazza Governo 6501 Bellinzona
Chancellerie d'Etat du Canton de Vaud	Château cantonal 1014 Lausanne

Chancellerie d'Etat du Canton du Valais	Palais du Gouvernement 1950 Sion
Chancellerie d'Etat du Canton de Neuchâtel	Château 2001 Neuchâtel
Chancellerie d'Etat du Canton de Genève	Rue de l'Hôtel-de-Ville 2 1211 Genève 3
Chancellerie d'Etat du Canton du Jura	Rue du 24-Septembre 2 2800 Delémont
Konferenz der Kantonsregierungen	Sekretariat Haus der Kantone Speichergasse 6 3000 Bern 7

2. In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien / partis politiques repésentés à l'Assemblée fédérale / partiti rappresentati nell' Assemblea federale

BDP Bürgerlich-Demokratische Partei Schweiz PBD Parti Bourgeois-Démocratique Suisse	BDP Schweiz Postfach 119 3000 Bern 6
CVP Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz PDC Parti démocrate-chrétien suisse PPD Partito popolare democratico svizzero PCD Partida cristiandemocrata svizra	Postfach 5835 3001 Bern
FDP. Die Liberalen PLR. Les Libéraux-Radicaux PLR. I Liberali PLD. Ils Liberals	Sekretariat Fraktion und Politik Neuengasse 20 Postfach 6136 3011 Bern
SP Schweiz Sozialdemokratische Partei der Schweiz PS Parti socialiste suisse PS Partito socialista svizzero PS Partida socialdemocrata da la Svizra	Postfach 7876 3001 Bern
SVP Schweizerische Volkspartei UDC Union Démocratique du Centre UDC Unione Democratica di Centro PPS Partida Populara Svizra	Postfach 8252 3001 Bern
CSP Christlich-soziale Partei PCS Parti chrétien-social PCS Partito cristiano sociale PCS Partida cristian-sociala	Sekretariat Eichenstrasse 79 3184 Wünnewil
EDU Eidgenössisch-Demokratische Union UDF Union Démocratique Fédérale UDF Unione Democratica Federale	Postfach 3601 Thun
EVP Evangelische Volkspartei der Schweiz PEV Parti évangélique suisse PEV Partito evangelico svizzero PEV Partida evangelica da la Svizra	Nägeligasse 9 Postfach 294 3000 Bern 7
Grüne Partei der Schweiz Les Verts Parti écologiste suisse I Verdi Partito ecologista svizzero La Verda Partida ecologica svizra	Waisenhausplatz 21 3011 Bern
GB Grünes Bündnis	

AVeS: Alliance Verte et Sociale
AVeS: Alleanza Verde e Sociale

Grünliberale Partei Schweiz	Postfach 367 3000 Bern 7
Lega dei Ticinesi	Norman Gobbi casella postale 64 6776 Piotta
PdAS Partei der Arbeit der Schweiz PST Parti suisse du Travail – POP PSdL Partito svizzero del Lavoro PSdL Partida svizra da la lavur	25, Vieux-Billard 1211 Genève 8
Alternative Kanton Zug	Postfach 4805 6304 Zug

3. Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete / associations faîtières des communes, des villes et des régions de montagne qui œuvrent au niveau national / associazioni mantello nazionali dei Comuni delle città e delle regioni di montagna

Schweizerischer Gemeindeverband	Postfach 3322 Urtenen-Schönbühl
Schweizerischer Städteverband	Florastrasse 13 3000 Bern 6
Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete	Postfach 7836 3001 Bern

4. Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft / associations faîtières de l'économie qui œuvrent au niveau national/ associazioni mantello nazionali dell'economia

economiesuisse Verband der Schweizer Unternehmen Fédération des entreprises suisses Federazione delle imprese svizzere Swiss business federation	Postfach 8032 Zürich
Schweizerischer Gewerbeverband (SGV) Union suisse des arts et métiers (USAM) Unione svizzera delle arti e mestieri (USAM)	Postfach 3001 Bern
Schweizerischer Arbeitgeberverband Union patronale suisse Unione svizzera degli imprenditori	Postfach 8032 Zürich
Schweiz. Bauernverband (SBV) Union suisse des paysans (USP) Unione svizzera dei contadini (USC)	Haus der Schweizer Bauern Laurstrasse 10 5200 Brugg
Schweizerische Bankiervereinigung (SBV) Association suisse des banquiers (ASB) Associazione svizzera dei banchieri (ASB) Swiss Bankers Association	Postfach 4182 4002 Basel

Schweiz. Gewerkschaftsbund (SGB) Union syndicale suisse (USS) Unione sindacale svizzera (USS)	Postfach 3000 Bern 23
Kaufmännischer Verband Schweiz (KV Schweiz) Société suisse des employés de commerce (SEC Suisse) Società svizzera degli impiegati di commercio (SIC Svizzera)	Postfach 1853 8027 Zürich
Travail.Suisse	Postfach 5775 3001 Bern

5. Übrige / autres / altre

Arbeitsgemeinschaft der Chefs der Verkehrspolizeien der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein ACVS, Zürich

Association Transports et Environnement ATE, Genève

Associazione delle Polizie comunali ticinesi, Giubiasco

Automobil Club der Schweiz ACS, Bern

Autovermieter-Verband der Schweiz AVS, Zürich

BLS Cargo AG, Bern

Centre Patronal, Lausanne

Cercl'Air, Sekretariat, Herisau

Commission circulation routière de la CAPP, Sion

Die Schweizerische Post, Bern

ECO SWISS, Umweltschutzorganisation der Wirtschaft, Zürich

Equiterre / Partnerin für nachhaltige Entwicklung, Bern

Fachverband Schweizer Raumplanerinnen und Raumplaner FSU, St. Gallen

Fédération Professionelle des Taxis Genevois F.P.T.G., Vernier

Fédération Motocycliste Suisse FMS, Frauenfeld

Fussverkehr Schweiz, Zürich

IG Motorrad, Bettwil

HUPAC Intermodal SA, Chiasso

Informationsdienst für den öffentlichen Verkehr LITRA, Bern

Institut für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis, St. Gallen

Institut für Verkehrsplanung und Transportsysteme IVT, Zürich

Interkantonale Kommission für den Strassenverkehr IKST, Geschäftsstelle, Aarau

Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs KöV, Bern

Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren, Bern

Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz KKPKS, P. Nidegger, Freiburg

Konferenz der Kantonsingenieure KIK, Zürich

Konferenz städtischer Polizeidirektoren/innen, Polizeidepartement der Stadt Zürich, Zürich

Krebsliga Schweiz, Bern

Les Routiers Suisses, Echandens-Denges

Lungenliga Schweiz, Bern

M. Brüstlein, Basel

Pro Velo Schweiz, Bern

Public Health Schweiz, Bern

SBB Cargo AG, Basel

Schausteller-Verband Schweiz SVS, Buchs AG

Schweizer Heimatschutz SHS, Zürich

Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltschutzdirektoren-Konferenz BPUK, Bern

Schweizerische Beratungsstelle für Unfallverhütung bfu, Bern

Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz SGU, Zürich

Schweizerische Kriminalistische Gesellschaft SKG, Zürich

Schweizerische Konferenz der Beauftragten für Veloverkehr SVK/CORAC, Zürich

Schweizerische Liga gegen den Lärm, Luzern

Schweizerische Vereinigung für Landesplanung VLP-ASPAN, Bern

Schweizerischer Bäuerinnen- und Landfrauenverband, Brugg

Schweizerischer Fahrlehrerverband SFV, Bern

Schweizerischer Fahrrad- und Motorrad-Gewerbe-Verband SFMGV, Aarau

Schweizerischer Fahrzeugflottenbesitzer-Verband sffv, Frauenfeld

Schweizerischer Verband der Strassen- und Verkehrsfachleute VSS, Zürich

Schweizerische Vereinigung der Verkehrsingenieure SVI, St. Gallen

Schweizerischer Auto- und Motorradfahrer-Verband SAM, Basel

Schweizerischer Fahrrad- und Motorrad-Gewerbeverband SFMGV, Bern

Schweizerischer Feuerwehrverband SFV, Gümligen

Schweizerische Normenvereinigung SNV, Winterthur

Schweizerischer Nutzfahrzeugverband ASTAG, Bern

Schweizerischer Radfahrer Bund SRB / FCS, Bern

Schweizerischer Verband der Strassen- und Verkehrsfachleute VSS, Zürich

Schweizerischer Verband für elektrische und effiziente Strassenfahrzeuge e'mobile, Bern

Schweizerischer Verband für Seniorenfragen SVS, Bad Ragaz

Spedlogswiss, Verband schweizerischer Speditions- und Logistikunternehmen, Basel

SSR-CSA, Schweizerischer Seniorenrat, Bern

Stiftung SchweizMobil, Bern

strasseschweiz - Verband des Strassenverkehrs FRS, Zürich

Touring Club der Schweiz TCS, Vernier

Umweltallianz, Bern

Velokonferenz Schweiz VkS, Biel

Veloland Schweiz, Olten

Verband öffentlicher Verkehr VöV, Bern

Verband Schweizerischer Speditions- und Logistikunternehmen SPEDLOGSWISS, Basel

Verband Schweizerischer Strassenmarkierungsfirmen VESMA, Olten

Verband Schweizerischer Umzugsunternehmen VSU, Dietikon

Verband unabhängiger Taxihalter VUT, Zürich

Vereinigung aktiver Senioren- und Selbsthilfe Organisationen der Schweiz VASOS/FARES

Vereinigung der Strassenverkehrsämter asa, Bern

Verkehrs-Club der Schweiz VCS, Bern

Verkehrskommission KKPKS/SVSP, Kommando Stadtpolizei, U. Caluori, Chur

Verkehrssicherheitsrat, Bern